

| | | | |
|--------------------------------|-------------------|---|-----------|
| Bevölkerung | : 16,3 Mio | | |
| Militärdienst | : freiw. | Luftstreitkräfte | : 11 000 |
| | | Reserve | : 600 |
| reguläre Streitkräfte (gesamt) | : 110 000 | Kampfflugzeuge | : 42 |
| geschätzte Verteid. ausg. 1984 | : 1,79 Mrd. US\$ | Paramilit. Kräfte | : 18 000 |
| Verteid.budget 1985 | : 1,62 Mrd. US\$* | Polizei | : 18 000 |
| | | region. Sicherheitseinheiten (Bürgerwehr) | : 3 100 |
| Armee | : 90 000 | Grenzschutz (in Sabah u. Sarawak) | : 1 200 |
| Reserve | : 45 000 | Freiw.truppe | : 350 000 |
| leichte Panzer | : 26 | | |
| Seestreitkräfte | : 9 000 | | |
| Reserve | : 800 | | |
| Fregatten | : 3 | | |
| Schnellboote | : 18 | | |

Quelle: International Institute of Strategic Studies, London
vgl. Asia Yearbook 1986 (FEER), S. 28 (selektiver Auszug)



es offensichtlich nach eigenen Aussagen der Regierung, daß es keinerlei reale Bedrohung durch organisierte gewalttätige Massen gegen Einzelpersonen und Besitz in irgendeinem Teil der Föderation gibt. Es gibt daher keine Rechtfertigung zur Beibehaltung dieser Gesetze.

Es ist in der Tat immer offensichtlicher geworden, daß sie zu politischen Zwecken gebraucht werden. Insbesondere Mitglieder und Führer von Oppositionsparteien, Gewerkschafter, Sozialkritiker und Journalisten wurden unter anderen nach dem ISA verhaftet. Selbst einzelne Führer der regierenden Koalition, die von der vorherrschenden Elite als unvoreteilhaft angesehen wurden, sind ohne Gerichtsverfahren in Haft gehalten worden. Offensichtlich hat es in der Vergangenheit einen weitgehenden Mißbrauch dieses Gesetzes gegeben. Dies hält eine Atmosphäre der Angst unter der Bevölkerung aufrecht.

Dokumentation

IV. "Dialogue of Concern" zum ISA und ESCAR

Am 20.10.1985 trafen sich 14 Organisationen und Parteien zum 4. "Dialogue of Concern" in Kuala Lumpur über das Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) und der Strafprozeßordnung in Sicherheitsfällen (ESCAR). Elf der anwesenden Organisationen unterschrieben eine Resolution, die wir im folgenden wörtlich übersetzt wiedergeben:

"In Anerkennung der Tatsache, daß in Malaysia eine größere Respektierung und Beachtung der Menschenrechte existiert als in bestimmten anderen Ländern, sind wir nicht-destoweniger besorgt über das Vorhandensein von Gesetzen wie dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA = Internal Security Act) und der geänderten Prozeßordnung in Sicherheitsfällen von 1975 (ESCAR = Essential (Security Cases) (Amendment) Regulation), welche hauptsächlich dazu dienen, Ungerechtigkeit auf Kosten des Wohlergehens der Bevölkerung fortzusetzen.

Der Sachverhalt

Das Gesetz zur Inneren Sicherheit ist zum Beispiel eine grobe Verletzung grundlegender Werte von Gerechtigkeit und Freiheit. Es gibt der Regierung die Macht, eine Person unbegrenzt lange in Haft zu halten, von der sie der Meinung ist, sie sei eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. Was "nationale Sicherheit" ausmacht und wie und warum eine Person als "subversiv" zu betrachten ist, liegt

einzig und allein im Ermessen der Behörde. Die enorme Macht, über die der Minister und die Polizei durch ihre Interpretation und die Anwendung des ISA verfügt, kann von der Judikative nicht einer Revision unterzogen oder genau überprüft werden. Auch gibt es keinerlei formale Möglichkeiten der Legislative oder der Öffentlichkeit, das ISA zu überprüfen.

Das ISA enthält eine weitere Vorschrift, die offenkundig ungerecht ist: Es schreibt die Todesstrafe zwingend als Strafe vor für eine Person, die schuldig des Besitzes einer Feuerwaffe innerhalb eines Sicherheitsgebietes gefunden wird, was nach dem Gesetz das ganze Land ist. Zusätzlich enthält es andere Einschränkungen bei Veröffentlichungen und bei der Zulassung zu höheren Bildungseinrichtungen.

Die Anwendung des ISA ist die Verhängung von Einzelhaft ohne Kontakt zur Außenwelt bis zu 60 Tagen. Ebenso gibt es Fälle von psychischer und physischer Folter von Verhafteten. Verhafteten wurden normale Lebensbedingungen und ausreichende medizinische Versorgung vorenthalten, während Verwandten und Freunden der Verhafteten nicht genügend Besuchsgelegenheiten gegeben wurden.

ESCAR, das nach Aussagen eines anonymen Zeugen Gerüchte und ähnliches als Zeugnis vor Gericht anerkennt, ist ein offensichtlicher Verstoß gegen das Recht eines Individuums auf ein gerechtes Gerichtsverfahren. Die meisten Bestimmungen werden in ihrer Anwendung für den Staatsanwalt sowieso nicht für nötig erachtet.

Obgleich die Regierung häufig das ISA und die ESCAR mit der nationalen Sicherheit rechtfertigt, so ist

Die Gesetze aufheben

Aus all diesen Gründen fordern wir die Regierung auf, beide ISA und ESCAR im Interesse von Gerechtigkeit und Freiheit außer Kraft zu setzen. Gleichzeitig fordern wir die Aufhebung der vier gleichartigen Erklärungen des Notstandes und die Außerkraftsetzung aller in diesem Zusammenhang verkündeten Gesetze, insbesondere die Notstandsverordnung von 1969, die ebenfalls Vorbeugehaft vorsieht.

Aktionsvorschläge

Während wir die Regierung zum Handeln drängen, sind wir uns der Bedeutung unserer eigenen Rolle bei der Bewußtseinsbildung in der malaysischen Öffentlichkeit über die Konsequenzen von ISA und ESCAR bewußt. Um dies zu tun, schlagen wir vor:

1. Organisierung einer Reihe von öffentlichen Versammlungen durch eine der Organisationen, die der Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit angehören.
2. Herstellung eines Informationsblattes zu ISA, ESCAR und eine Liste der Opfer dieser zwei Gesetze.
3. Organisierung von Untersuchungsbesuchen von Internierungslagern im Land.
4. Organisierung von "Familientagen" für die Verwandten von politischen Gefangenen.
5. Bessere Ausnutzung von Kommunikationswegen und Massenmedien zur Verbreitung von Informationen und Analysen über ISA und ESCAR.

6. Herstellung von Kontakten zu internationalen Menschenrechtsorganisationen, um Unterstützung beim Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in Malaysia zu erhalten."

Die Resolution wurde unterzeichnet von Selangor Graduate Society, Environmental Protection Society, Association of Women Lawyers, IN-SAN, Persatuan Sains Sosial, Office of Human Development, Aliran, Parti Sosialis Rakyat Malaysia, Part. Islam SeMalaysia, Democratic Action Party, Social Democratic Party.

vgl. Aliran Vol.V, No.12, S.19/20.

Dokumentation

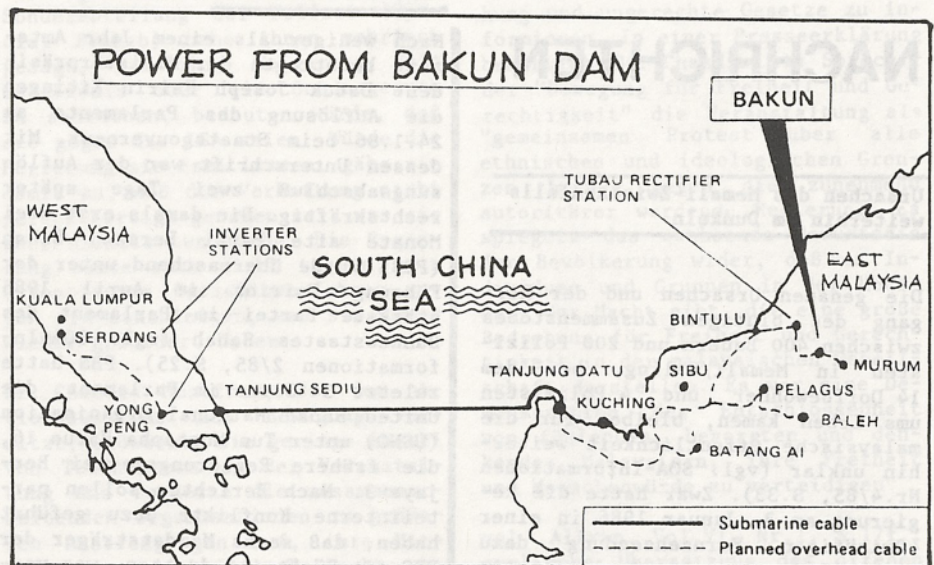
Von dem Bakun Dam Committee (vormals: Ad Hoc Committee for Joint Action) der Environmental Protection Society Malaysia (EPSM), Sarawak, erhielten wir folgenden Brief mit einem Offenen Brief an den Premierminister von Malaysia:

AUFRUF ZU EINER KAMPAGNE GEGEN DAS BAKUN WASSERKRAFTWERK PROJEKT

Eine Gruppe von 10 Kayan und Kenyah Vertretern reisten von ihren Langhäusern am oberen Rejang Fluß nach Sibü (Sarawak), um dort am 4.2.86 eine Pressekonferenz abzuhalten. Auf der Pressekonferenz brachten sie ihren Widerstand gegen den Bau des Bakun Staudamm und die Entschlossenheit, nicht ihr Land zu verlassen, zum Ausdruck. Gleichzeitig verfaßte die Gruppe einen Brief an den Premier Minister des Landes und den Ministerpräsidenten von Sarawak. 3 Monate zuvor hatte eine Unterschriftensammlung unter den betroffenen Bewohnern angefangen. 2.000 hatten die Eingabe unterschrieben. Am Ende der Pressekonferenz riefen sie die Öffentlichkeit und Personen und Organisationen im Ausland dazu auf, sie bei ihrem Kampf zu unterstützen. Als Reaktion auf ihren Aufruf, verstärkt das Bakun Dam Komitee der EPSM seine Anstrengungen bei der Kampagne gegen das Bakun Wasserkraftwerk Projekt.

OFFENER BRIEF AN DEN PREMIER MINISTER

Wir die Unterzeichner, das Bakun Bewohner Aktionskomitee, appellieren mit allem Respekt an Sie, den geplanten Bau eines Wasserkraftwerkes an den Bakun Stromschnellen, 7. Division, in Sarawak zu unterlassen.



Aus folgen Gründen sind wir gegen die Durchführung des Projektes:

1. Wir wollen das Erbe unseres Landes, welches wir von unseren Vorfahren erhielten, nicht verlieren. Unser Land bedeutet unser Überleben und eine Überschwemmung würde die Auslöschung unseres Volkes bedeuten.
2. Geld kann unser Überleben nicht garantieren, egal wieviel wir als Kompensation erhalten. Geld kann gedruckt, Land aber nicht wiederbeschafft werden.
3. Das Projekt entwickelt unser Gebiet in keiner Weise. Wir glauben nicht länger an leere Versprechen, denn uns wurden bereits zu viele gemacht, ohne erfüllt zu werden.

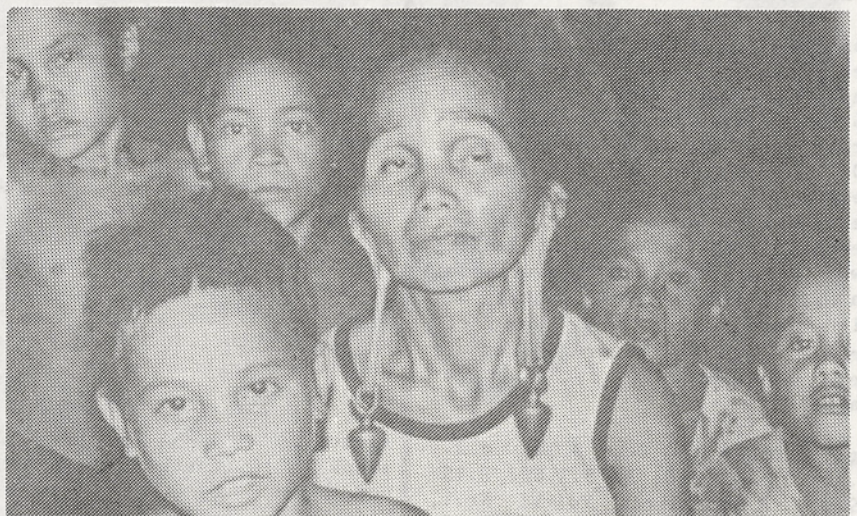
Wir fordern von der Regierung, daß sie

1. Straßen baut, uns dabei helfen soll, bessere Methoden beim Anbau von Nahrungsmitteln und Handelsfrüchte zu entwickeln, und sich für gerechte Preise für

- unsere landwirtschaftlichen Produkte einsetzt;
2. die vorhandenen Bildungseinrichtungen und die medizinische Versorgung in unserem Gebiet verbessert;
3. die Stromschnellen beseitigt, um die Schwierigkeiten und die Gefahren beim Befahren des Flusses zu verringern;
4. die Abholzung im Belaga Distrikt einstellt, denn die augenblicklichen Abholzungen berauben uns der Ressourcen des Waldes, vertreiben das Wild, führen zu Bodenerosionen, Verschlämmung und Verschmutzung unserer Flüsse, was unsere Fische dezimiert.

Wir fordern die Regierung dringend auf, sich unserer Belange anzunehmen oder wir werden dazu gezwungen sein, mit allen unseren Mitteln unser Land und unser Leben zu verteidigen.

Sibü 4.2.1986



Eine Kenyah Großmutter: "Wenn wir umgesiedelt werden sind unsere Enkel landlos!"